Europa verfügt über zwei Sicherheitsarchitekturen und hat sich für die falsche entschieden

Geschrieben von Jeffrey Sachs

Russland fordert seit fast zwei Jahrzehnten eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, beginnend mit der Münchner Rede von Präsident Putin im Jahr 2007 und dem von Präsident Medwedew im Jahr 2008 vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitsvertrag, gefolgt von den Vertragsentwürfen Moskaus vom Dezember 2021 und Putins Aufruf im Juni 2024 zu einer unteilbaren Sicherheit in ganz Eurasien. Die Antwort des Westens hat sich nicht geändert. Wie es in einer britischen Erklärung gegenüber der OSZE im Juni 2026 hieß, fordert Russland weiterhin eine neue Sicherheitsarchitektur, „doch wir haben bereits eine“.

Diese Darstellung Großbritanniens ist falsch. Europa verfügt nicht über eine, sondern über zwei Sicherheitsarchitekturen, die auf unvereinbaren Prämissen beruhen. Die erste ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die alle Staaten von Vancouver bis Wladiwostok umfasst und auf unteilbarer Sicherheit beruht – dem Grundsatz, dass kein Staat seine Sicherheit auf Kosten anderer ausbauen darf. Dies ist die Goldene Regel, angewandt auf Nationen. Die zweite ist die NATO, ein von den USA geführtes Bündnis, das auf westlicher Vorherrschaft und militärischer Überlegenheit gegenüber Russland beruht. Die OSZE ist eine Architektur des Völkerrechts und der gegenseitigen Zurückhaltung. Die NATO, wie sie seit den 1990er Jahren agiert, ist eine Architektur westlicher Macht, und ihre Politik hat Krieg verursacht.

Der OSZE-Weg begann mit Willy Brandts Ostpolitik, die die Nachkriegsgrenzen anerkannte und auf Gewalt verzichtete. Dies führte zur Schlussakte von Helsinki von 1975, in der sich 35 Staaten aus Ost und West auf Grundsätze der Koexistenz einigten, darunter die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Die deutsche Wiedervereinigung war der Höhepunkt. Im Februar 1990 versicherte Außenminister James Baker Gorbatschow, dass die NATO sich „keinen Zoll nach Osten“ bewegen würde, und deutsche Politiker gaben dieselbe Zusicherung, wie aus freigegebenen Unterlagen hervorgeht. Die Istanbuler Charta der OSZE von 1999 fügte hinzu, dass kein Staat und keine Organisation eine vorrangige Verantwortung für den Frieden in Europa beanspruchen könne.

Der Kurs der NATO verlief in die entgegengesetzte Richtung. 1994 beschloss die Clinton-Regierung, die NATO trotz der Zusicherungen von 1990 zu erweitern. George Kennan bezeichnete diese Entscheidung als „den verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Zeit nach dem Kalten Krieg“. Die NATO erweiterte sich 1999 und erneut 2004 bis in die baltischen Staaten hinein; 1999 bombardierte sie Serbien ohne UN-Mandat. Im Jahr 2008 erklärte die NATO in Bukarest, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder werden würden, und ignorierte dabei die Warnung von William Burns, dem damaligen US-Botschafter in Moskau, dass dies für Russland die deutlichste aller roten Linien sei. Innerhalb weniger Monate folgte der Krieg in Georgien, der laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Untersuchung von Georgien ausgegangen war.

Am 21. Februar 2014 unterzeichnete der ukrainische Präsident Janukowitsch in Anwesenheit von Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Polens ein Abkommen mit der Opposition, das eine Einheitsregierung und vorgezogene Wahlen vorsah. Am nächsten Tag wurde das Abkommen gewaltsam außer Kraft gesetzt. Die Rada setzte Janukowitsch ab. Es handelte sich um eine verfassungswidrige Machtübergabe, einen Staatsstreich, der von Washington unterstützt wurde. Russland annektierte daraufhin die Krim, unter anderem, um seinen Marinestützpunkt in Sewastopol vor der NATO zu schützen. Das Minsk-II-Abkommen von 2015, das der Wiederherstellung des Friedens dienen sollte und vom UN-Sicherheitsrat gebilligt wurde, wurde von der Ukraine nie umgesetzt, und Angela Merkel erklärte später, es habe der Ukraine Zeit verschaffen sollen.

Als Russland im Dezember 2021 Verträge zur Beendigung der Osterweiterung der NATO vorschlug, drängte ich das Weiße Haus persönlich dazu, diese anzunehmen. Die Biden-Regierung lehnte Russlands Angebot zur diplomatischen Lösung ab. Nach dem Einmarsch Russlands im Februar 2022 nahmen Russland und die Ukraine innerhalb von vier Tagen Friedensgespräche auf und standen in Istanbul kurz vor einer Einigung auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien blockierten diese Einigung, woraufhin es zu Hunderttausenden von Opfern kam.

Die NATO-Architektur versagt, weil sie ein hegemoniales und kein inklusives System darstellt. Der Entwurf der US-amerikanischen „Defense Planning Guidance“ (Verteidigungsplanungsrichtlinien) von 1992 forderte, das Entstehen jeglicher rivalisierender Mächte zu verhindern, und Zbigniew Brzezinski bezeichnete die Ukraine als den Dreh- und Angelpunkt, ohne den Russland nicht länger ein eurasisches Reich sein würde. Nach 2014 baute die CIA ein Netzwerk geheimer Stützpunkte in der Ukraine entlang der russischen Grenze auf. Die USA ignorierten in jeder Phase schlichtweg die legitimen Sicherheitsbedenken Russlands und lehnten die Doktrin der inklusiven Sicherheit gänzlich ab. Die USA wollten ganz einfach die Oberhand behalten. Europa schloss sich dem an und hat dafür teuer bezahlt: Es verlor kostengünstige russische Energie und verpflichtete sich zu einem Rüstungsaufbau, der Investitionen in seine Zukunft verdrängen wird.

Europa sollte sich dafür entscheiden, auf den OSZE-Kurs zurückzukehren, der auf Grundsätzen basiert, die es bereits unterzeichnet hat. Das erste Prinzip ist ein neues „Konzert der Mächte“. Es sollte die Europäische Union, Russland, das Vereinigte Königreich, die

Türkei und die Vereinigten Staaten zusammenbringen, beginnend mit einem OSZE-Gipfel im Jahr 2027 – dem ersten seit 2010. Das zweite Prinzip ist die praktische Umsetzung unteilbarer Sicherheit: keine weitere NATO-Erweiterung, eine dauerhaft neutrale Ukraine nach österreichischem Vorbild sowie gegenseitige Beschränkungen von Streitkräften und Raketen in der Nähe der russischen, ukrainischen und EU-Grenzen, die von der OSZE überprüft werden. Das dritte Prinzip ist eine erneute Bekenntnis zur Schlussakte von Helsinki, was die Achtung der Grenzen und ein Ende der Operationen zum Regimewechsel durch die USA, Russland oder jedes andere Land bedeutet. Das vierte Prinzip ist eine Erneuerung der Rüstungskontrolle, einschließlich eines neuen Verbots von Mittelstreckenraketen in Europa, Beschränkungen für Drohnen und KI-basierte Systeme sowie eines Nachfolgeabkommens zum New-START-Nuklearabkommen.

Das fünfte Kernprinzip ist ein Ende der Doppelmoral. Die Vereinigten Staaten beanspruchen seit der Monroe-Doktrin von 1823 eine Sicherheitszone in der westlichen Hemisphäre, und ihre Nationale Sicherheitsstrategie vom Dezember 2025 verkündete einen „Trump-Zusatz“. Washington würde niemals russische oder chinesische Stützpunkte in Mexiko oder Kanada akzeptieren. Großmächte haben kein Recht auf einen Einflussbereich über ihre Nachbarn, aber sie haben ein Recht auf einen Sicherheitsbereich, der frei von feindlicher militärischer Infrastruktur an ihren Grenzen ist.

Abschließend noch ein Wort an die baltischen Staaten und Polen. Ihre Ängste sind in ihrer Geschichte verwurzelt, doch ihre antirussische Strategie beruht auf einer falschen Prämisse. Die Vereinigten Staaten werden sie nicht retten. Artikel fünf des Nordatlantikvertrags überlässt es jedem Bündnispartner, selbst über seine Reaktion zu entscheiden. Finnland, das zweimal gegen die Sowjetunion gekämpft hat, erlebte jahrzehntelang Wohlstand dank seiner Neutralität und seiner umsichtigen Beziehungen zu Moskau. Polens größte Katastrophen ereigneten sich, als die Großmächte zu beiden Seiten des Landes in den Krieg zogen, und es liegt im Interesse Polens, einen solchen Konflikt zu verhindern, anstatt als Vorposten zu dienen. Die Polen sollten sich auch daran erinnern – wie ich aus eigener Erfahrung weiß –, dass Gorbatschow den friedlichen Übergang Polens zur Demokratie ermöglicht hat.

Europa sollte das Erbe der Schlussakte von Helsinki, die im Jahr 2025 ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiert, würdigen, indem es im nächsten Jahr einen OSZE-Gipfel einberuft, der von den Europäern und nicht von Washington geleitet wird, um einen erneuerten Vertrag über unteilbare Sicherheit auszuhandeln, der Russland einbezieht. Europa hat diesen Weg bereits einmal eingeschlagen, und er hat Frieden gebracht.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	**PAYPAL:**	**PATREON:**	**BETTERPLACE:**
Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org